

Genau hingeschaut

Landeshaushalt in zweiter Lesung: Parlament prüft Einzelpläne im Detail

2./3. Dezember 2009 – Das große Ganze – den Landeshaushalt 2010 mit einem Etat von 53,3 Milliarden Euro – nahmen die Abgeordneten in zweiter Lesung detailliert unter die Lupe. Nach den Finanzberatungen in den Fachausschüssen debattierten sie auch im Plenum über die Einzelpläne des Entwurfs. Die oft kontroversen Diskussionen verdeutlichten die unterschiedlichen Ansichten der Fraktionen zum Haushaltsgesetz (Drs. 14/9700), zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG, Drs. 14/9702) und zur mittelfristigen Finanzplanung (Drs. 14/9701). Die Regierungsfractionen von CDU und FDP charakterisierten den Etat als wichtigen und erforderlichen Wegweiser, um das Land aus der Wirtschaftskrise zu führen. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen hingegen äußerten scharfe Kritik, da der Landeshaushalt in vielen Bereichen nicht die richtigen Schwerpunkte setze. Die Opposition stellte insgesamt 131 Änderungsanträge zur Abstimmung, erhielt für ihre Vorschläge jedoch keine parlamentarische Mehrheit.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

„Landauf, landab brechen in den allermeisten der 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens die Haushalte zusammen“, meinte **Ralf Jäger** (SPD) zum vorgelegten Entwurf. Ein „Raubzug“ der schwarz-gelben Landesregierung durch die kommunalen Kassen führe nicht nur dazu, dass Bäder, Theater und Bibliotheken geschlossen werden müssten. Es sei eine derartige Überschuldung eingetreten, dass in vielen Kommunen die Rathäuser, Schulen, Kindergärten inzwischen den Banken gehörten.

Trotz Wirtschaftskrise und Rückgang der verteilbaren Finanzmasse erhielten die Gemeinden im kommenden Jahr die nach 2009 zweithöchsten Zuweisungen, betonte **Rainer Lux** (CDU). Damit seien diese gegenüber dem letzten Haushaltsplan von Rot-Grün um 16 Prozent gestiegen. Die schwierige Finanzsituation sei insbesondere einem Einbruch bei der Gewerbesteuer geschuldet. Das Land sei verlässlicher Partner der Kommunen, müsse aber nicht für alle Fehlbeträge aufkommen.

„Die Gewerbesteuer ist die unbeständigste und damit gefährlichste Einnahmequelle in unserem gesamten Steuersystem“, warnte auch **Horst Engel** (FDP). Sie sei hauptverantwortlich für den

aktuellen Kollaps der kommunalen Finanzen und müsse durch eine „Kommunalsteuer“ als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Engel prangerte auch an, einzelne Kommunen seien finanzielle Risiken eingegangen, die sie an den Rand des Ruins getrieben hätten.

„90 Prozent der Kommunen sind nicht mehr in der Lage, Einnahmen und Ausgaben in Ausgleich zu bringen“, so **Horst Becker** (Grüne). Die Landeseinnahmen seien seit 2005 zwar um 30 Prozent gestiegen, die Zuweisungen an die Kommunen aber nur um 16 Prozent. Das Land habe diese über die Einheitslasten faktisch um 1,17 Prozent gesenkt und den Kommunen über die Grunderwerbsteuer, die Zuschüsse zu Krankenhausinvestitionen sowie zur Schülerbeförderung 310 Millionen Euro weggenommen.

„Dieses GFG ist ein kommunalfreundliches GFG“, erklärte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP). Es gebe den Kommunen Planungssicherheit. Im übrigen überweise man mit 7,6 Milliarden Euro nicht nur den zweithöchsten Betrag überhaupt, sondern auch mit dem Kinderbildungsgesetz deutlich höhere Mittel an die Kommunen. Des Weiteren sei ein Wert von 86 Prozent frei verfügbarer Zuweisungsmittel „absolut top“. Außerdem setze man das Konjunkturpaket II des Bundes „vorbildlich“ um.

INNEN UND VERWALTUNGSSTRUKTUREREFORM

Die Regierung habe seit 2005 Stellen bei der Polizei abgebaut und die Polizistinnen und Polizisten dann auch noch wegen verstärkter Verwaltungsarbeit auf Streife geschickt, kritisierte **Dr. Karsten Rudolph** (SPD). Er forderte eine „bürgernahe Polizei“ sowie eine verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Die schwarz-gelbe Regierung habe Innere Sicherheit gestaltet, fasste **Theo Kruse** (CDU) seine Sicht zusammen. Der Personalabbau sei gestoppt und die Verjüngung der Polizei eingeleitet worden. Eine „Hilfspolizei“ für Nordrhein-Westfalen fordere die CDU nicht. Verstärkt investiere man in den Katastrophenschutz.

Auch **Horst Engel** (FDP) hob hervor, man habe seit 2005 die Ausgaben für die Polizei auf über 2,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht, Stellen erhalten und ab 2008 die jährlichen Einstellungszahlen verdoppelt. Engel wandte sich aber auch gegen eine massive Beschneidung von Rechten sowie schrankenlose Eingriffsbefugnisse.

Es sei kein Zeichen liberaler Innenpolitik, gerade beim Datenschutz Stellen zu kürzen, kritisierte **Monika Düker** (Grüne). Die Polizei in NRW sei in einem „desaströsen“ Zustand. Aufgrund der kommenden Pensionierungswelle befürchtete die Grünen-Sprecherin gerade bei der Kriminalpolizei einen Kompetenzverlust.

„841 Stellen, von Ihnen zum Abschuss freigeben; wir haben sie belassen.“ Laut **Innenminister Dr. Ingo Wolff** (FDP) habe man bei der Polizei statt 500 Personen 1.100 pro Jahr eingestellt, um die demografiebedingten Probleme auszugleichen. Gleichzeitig habe man die flachste Hierarchie in Deutschland geschaffen.

SPORT

„Eine dreiste Nummer“, meinte **Hans-Theo Peschkes** (SPD) zur Sportpolitik der Landesregierung. Erst würden die Mittel für den Sport zusammengestrichen, dann die Kürzungen durch Anträge in letzter Minute rückgängig gemacht. Die strukturellen Defizite blieben, Planungssicherheit sei nicht gegeben.



Ralf Jäger (SPD)

Rainer Lux (CDU)

Horst Engel (FDP)

Horst Becker (Grüne)

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)



Seit 2005 umfasse der Landessportplan 31 Millionen Euro mehr, konterte **Holger Müller** (CDU). Die sportpolitische Bilanz von 2006 bis 2010 umfasse fünf neue NRW-Sportschulen, das Sportstättenfinanzierungsprogramm, die konstante Sportpauschale und eine seit 2007 unveränderte Jugendbetreuersportpauschale.

„NRW ist das Sportland Nummer eins in Deutschland“, so **Christof Rasche** (FDP). FDP und CDU hätten die Mittel im Landessportplan seit 2005 um 25 Prozent erhöht. Mit dem LandesSportBund habe die Landesregierung das „Bündnis für den Sport“ aufgelegt. Außerdem habe man die Bedingungen für den Leistungssport verbessert.

„Sie haben soeben noch einmal die Kurve gekriegt“, erklärte **Ewald Groth** (Grüne). Der LandesSportBund habe jedoch „wieder zittern“ und Kürzungen von 2,1 Millionen Euro befürchten müssen. Der Grünen-Sprecher forderte Planungssicherheit sowie eine Stärkung des Verbundsystems von Schule und Leistungssport.

„Wenn Geld fehlt, dann muss nach einem Ausgleich gesucht werden, und das haben wir geschafft“, antwortete **Minister Dr. Ingo Wolf** (FDP). Der zunächst niedrigere Ansatz für den LandesSportBund basiere auf Haushaltssystematik. Seit 2005 habe man die Ausgaben für Sport von 52,4 auf 57,5 Millionen Euro erhöht.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Für „verhaftet im bildungspolitischen Gestern“ hielt **Ute Schäfer** (SPD) die Schulpolitik der Landesregierung, die am mehrgliedrigen Schulsystem festhalte. Größte Fehler seien die „dilettantische“ Umsetzung des Turbo-Abiturs, die Pannen beim Zentralabitur und das gebrochene Versprechen einer „Unterrichtsgarantie“.

Rund 325.000 Ganztagsplätze werde man mit diesem Haushalt schaffen, versprach **Bernhard Recker** (CDU); 254.000 mehr als bei Regierungsübernahme. Neben dieser Steigerung habe die Landesregierung die Zahl großer Klassen wie auch den Unterrichtsausfall deutlich verringert. Ebenso bemühe man sich um neue Lehrkräfte.

Gut 2 Milliarden Euro mehr gäben FDP und CDU seit 2005 für Schule und Bildung aus, so **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Der Bildungsetat betrage 37,1 Prozent des Haushalts, NRW sei „Spitzenreiter“ in Deutschland. Im Vergleich zu 2005 werde die Landesregierung im nächs-

ten Jahr 8.124 Lehrerstellen neu geschaffen haben.

Der Löwenanteil der gestiegenen Personalkosten entfalle auf höhere Pensionskosten, erklärte **Sigrid Beer** (Grüne). Neu geschaffen würden 2010 allerdings nur 927 Gymnasialstellen. Sie forderte mehr Investitionen in frühkindliche Bildung, in Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und in die Durchlässigkeit des Schulsystems.

Der Gesamthaushalt sinke, der Schuletat wachse, so **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU). Zusätzliche Lehrkräfte bedeuteten im nächsten Schuljahr: pro Lehrstelle im Durchschnitt zwei Schüler weniger als unter Rot-Grün. Im Vergleich zu 2005 gebe es 291.000 neue Ganztagsplätze und mehr Mittel für Lehrerfortbildung.

INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Die Landesregierung, so **Karl Schultheis** (SPD) verliere bei den Hochschulen an Überblick und Gestaltungsmöglichkeiten. Dies zeigten auch die aktuellen Studentenproteste. Fast die Hälfte der zusätzlichen Mittel von 600 Millionen Euro für 2010 komme aus den Studiengebühren.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) erwiderte, die Hochschulen könnten heute freier handeln. Die Fachaufsicht liege nicht mehr im Ministerium, sondern bei den Hochschulen, die nun zudem fünf Jahre Planungssicherheit hätten. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben.

Entgegen der allgemeinen Haushaltsentwicklung stiegen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 3,8 Prozent auf über 5,8 Milliarden Euro, betonte **Dr. Ute Dreckmann** (FDP). Trotz Studiengebühren nähmen in NRW in diesem Wintersemester mehr junge Menschen ein Studium auf als je zuvor.

Die Studierenden müssten die Folgen einer „undurchdachten“ Bologna-Reform ausbaden, kritisierte **Dr. Ruth Seidel** (Grüne). Sie bemängelte Bürokratie für die Lehrenden, eine Reglementierung des Studienablaufs und eine Verdichtung der Prüfungsprozeduren. Die Studiengebühren müssten abgeschafft werden.

Die „chronische“ Unterfinanzierung der Hochschulen sei überwunden, meinte **Wissenschafts-**

minister Dr. Andreas Pinkwart (FDP). 2010 gebe es 25 Prozent mehr Mittel als 2005. Die Opposition habe damals für Langzeitstudierende Studiengebühren eingeführt, diese dann aber beim Finanzminister abgeliefert.

GENERATIONEN UND FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Das Land erwarte von den Kommunen, Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (U3) zu schaffen, gebe aber nicht die dafür notwendigen Mittel, kritisierte **Britta Altenkamp** (SPD). Dafür könne man etwaige Rückflüsse aus dem KiBiz verwenden, die im Haushalt mit 4,5 Millionen Euro verbucht würden.

Im Jahr 2010 werde es über 100.000 U3-Plätze geben, kündigte **Marie-Theres Kastner** (CDU) an. Auch die Tagesbetreuung der Kinder bis sechs Jahren werde im Haushalt berücksichtigt. Verlässliche Förderung gebe es auch für Familienzentren, die Sprachförderung sowie den Kinder- und Jugendförderplan.

Auch **Dr. Ute Dreckmann** (FDP) unterstrich, frühkindliche Bildung sei ein Schwerpunktthema. Mit 1,2 Milliarden Euro stelle NRW für die Betreuung seiner Kleinsten mehr Geld als jedes andere deutsche Bundesland zur Verfügung. Nun wolle man die beschlossene „Platzgarantie ab zwei“ gesetzlich verankern.

„Mehr Geld für reiche Kinder“ – Ministerpräsident Rüttgers kritisiere diese Pläne der neuen Bundesregierung nicht, bemerkte **Andrea Asch** (Grüne). Schwarz-Gelb verschärfe mit Zuspruch der Landesregierung die Kinderarmut. Das Statistische Bundesamt belege: NRW sei bei U3-Plätzen Schlusslicht.

„Das ist der Gewinnerhaushalt“, betonte **Familienminister Armin Laschet** (CDU) und verwies auf mittlerweile 1.750 Familienzentren im Land sowie „gigantische Steigerungen“ für die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb könne das Land den Kommunen dafür Zuschüsse von 35 Prozent gewähren.

FRAUEN

Die Regierung kürze bei den Ehe- und Lebensberatungsstellen, Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern, erklärte **Ulla Meurer** (SPD). Damit trage sie „Verantwortung dafür, dass im

letzten Jahr in NRW mehr als 5.000 Frauen und ihre Kinder, die vor häuslicher Gewalt flohen, abgewiesen werden mussten“.

Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen sei nur auf dem Weg „schrittweiser Erfolge“ zu erreichen. Daher zeigt sich **Maria Westhorstmann** (CDU) zufrieden mit den Impulsen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit sowie der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Mit ihrer Frauenpolitik sei die Landesregierung sehr nahe bei den Bedürfnissen der Frauen, ergänzte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Als Aufgabe aller Ressorts werde sie in den entsprechenden Haushaltsansätzen umgesetzt. Besonders hervor hob die FDP-Sprecherin die Unterstützung von Familien.

Der Haushalt 2010 untermauere die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens in der Integrations- und Entwicklungspolitik, so **Dr. Ute Dreckmann** (FDP). Von den Neugeborenen in NRW hätten 35 bis 40 Prozent eine Zuwanderungsgeschichte. Daher müsse Nordrhein-Westfalen das Land „neuer Integrationschancen“ bleiben.

Der Haushaltsentwurf sei ein Beleg für nicht ausreichende Integrationsanstrengungen, meinte dagegen **Andrea Asch** (Grüne). So hätten sich von 2005 bis 2010 die Ausgaben für Integration halbiert. Auch sei kein Teil dieser Einsparungen in eine Aufstockung der freiwilligen Leistungen überführt worden.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) entgegnete, mit den 26,2 Millionen Euro könne über bewährte Programme etwa die Arbeit der 126 In-

ten Fragen. Es gelte, ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Parlament auszuloten. Sie kritisierte eine Steigerung der Personalausgaben um 20 Prozent in der Staatskanzlei sowie „exorbitante“ Beratungskosten.

Die Staatskanzlei sei um 10 Prozent verkleinert worden, erklärte **Europaminister Andreas Krautscheid** (CDU). Wenn man den Kulturetat abziehe, verringere sich der Etat der Staatskanzlei um 9,3 Millionen Euro. Dagegen wolle man die wichtigen europapolitischen Aktivitäten um 250.000 Euro verstärken.

KULTUR

Das Engagement der Kommunen drohe aufgrund der Finanznot deutlich zurückzugehen,



Die Landesregierung, so **Barbara Steffens** (Grüne), bringe Frauen um ihnen zustehende Rechte. So sehe dieser Haushalt keine verbindliche Finanzierung für Frauenhäuser vor. Außerdem kritisierte sie zu geringe Möglichkeiten einer ärztlichen Versorgung in Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen.

Frauenminister Armin Laschet (CDU) erklärte, man wolle dem Problem der bestehenden Lohn Differenz zwischen Männern und Frauen sowie den Nachteilen durch Berufsunterbrechung begegnen. Jede Frau, die es wünsche, finde zu jeder Zeit in einem Frauenhaus Schutz und Hilfe, betonte der Frauenminister.

INTEGRATION UND EINE-WELT

„Im Wesentlichen hat es Kürzungen gegeben“, fasste **Renate Hendricks** (SPD) zusammen. Zwar herrsche fraktionübergreifende Einigkeit, dass für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt sowie die Bewältigung des Klimawandels mehr getan werden müsse. Dieses Ziel schlage sich jedoch nicht im Haushalt nieder.

Michael Solf (CDU) begrüßte, in den Bereichen Integrations- und Entwicklungshilfe liege ein Haushalt vor, der die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetze. Dies umfasse die Förderung von Sprache und Bildung, der kommunalen Integrationsarbeit sowie die Stärkung der Migranten-Selbstorganisation.

tegrationsagenturen gesichert werden. Mit der „Bonner Konferenz“ am wichtigen UN-Standort habe man sich auch in der Entwicklungspolitik profilieren können.

STAATSKANZLEI UND EUROPA-ANGELEGENHEITEN

Anstatt wie in anderen Bereichen zu sparen, gebe es in diesem Einzelplan einen Zuwachs von 25 Stellen im höheren Dienst, kritisierte **Wolfram Kuschke** (SPD). Für die Europafähigkeit des Landes seien eindeutige Absprachen zwischen Landesregierung und Parlament in Bezug auf Information und Beteiligung notwendig.

In der Staatskanzlei würden weitere sechs Stellen abgebaut, hielt **Ilka von Boeselager** (CDU) entgegen; das seien insgesamt 53 eingesparte Stellen seit 2005. In puncto Europa verwies sie auf eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sowie eine leistungsfähige Vertretung in Brüssel.

Dietmar Brockes (FDP) unterstrich die Bedeutung der Europapolitik, gerade nach dem Inkrafttreten des EU-Reformvertrags. Beispiele seien der Ausbau der Landesvertretung in Brüssel, die Förderung der Europafähigkeit der Schulen sowie der Euregios. Auch stehe die Fortführung der Strukturpolitik nach 2013 an.

Sylvia Löhrmann (Grüne) betonte, in der Europapolitik gebe es einen größeren Konsens als in ande-

warte **Claudia Scheler** (SPD) und befürchtete Kürzungen bei Theatern oder Kulturprojekten. Notwendig sei ein Pakt für Kultur. Die Ausgaben des Landes stünden in keinem Verhältnis zu dem, was die Kommunen noch leisteten.

„Wir haben den Kahlschlag der früheren Landesregierung beendet“, erklärte **Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU). Die schwarz-gelbe Landesregierung habe eine Verdoppelung des Kulturetats angekündigt und durchgesetzt. Grundlage für kulturelles Engagement sei die kulturelle Bildung in allen Altersstufen.

Angela Freimuth (FDP) bezeichnete musikalisch-kulturelle Vielfalt und die entsprechende Bildung der Kinder und Jugendlichen als wichtigen Teil der Kulturarbeit und als Voraussetzung für Kreativität und Innovation. Daher der Ausbau des Kulturförderetats auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise.

Oliver Keymis (Grüne) forderte, die Situation der Kommunen als Hauptträger der Kultur zu verbessern. Die Aufstockung des Landesetats sei zu begrüßen, aber angesichts von mehreren Hundert Millionen Euro zum Beispiel für den Neubau von U-Bahnen seien 70 Millionen Euro mehr kein riesiger Sprung.

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) lobte dagegen die Erhöhung als „bemerkenswertes Aus-rufezeichen hinter fünf Jahren erfolgreicher Kulturpolitik“ und verwies auf die Initiative „Jedem

Kind ein Instrument“, die Schnittstelle „Kultur und Tourismus“ und die Exzellenzinitiative für Kommunaltheater.

MEDIEN

Nicht kreativ genug sei die Landesregierung hinsichtlich der Sicherung des Medienstandorts NRW gewesen, so **Marc Jan Eumann** (SPD). So baue sie die Filmstiftung NRW nicht zu einem „modernen, schlagkräftigen, integrierten Förderinstrument“ auf, sondern kürze stattdessen die Mittel für Medienkompetenz.

Gegenüber 2009 stünden für Medien knapp 700.000 Euro mehr zur Verfügung, entgegnete **Thorsten Schick** (CDU). Heute gebe es mehrere Zentren für Film-, Funk- und Fernsehproduktion, Telekommunikation und Softwareentwicklung, ergänzt durch die neue Standortagentur für medienübergreifende Zusammenarbeit.

Nicht mehr die Knappheit der Übertragungswege, sondern die „nahezu unendliche Weite der neuen Möglichkeiten“ beflügelten für **Ralf Witzel** (FDP) den Umbruch in der NRW-Medienlandschaft. Man wolle keine „Erhaltungssubventi-

gab **Frank Sichau** (SPD) zu bedenken. Schwarz-Gelb habe damit sein Wahlversprechen aus 2005 nicht eingelöst. Folgen seien etwa Mängel im Jugendstrafvollzug sowie eine ungenügende Betreuung von Suchtkranken im Strafvollzug.

Die Landesregierung habe den von Rot-Grün bereits beschlossenen „massiven“ Stellenabbau 2005 gestoppt und dann auch noch neues Personal eingestellt, meinte dagegen **Harald Giebels** (CDU). Außerdem sei durch den Bau neuer Haftanstalten die Situation im Vollzug verbessert und die Belastung dort verringert worden.

Es sei besser, zwei Haftanstalten mit 500 Plätzen wirklich gebaut als zehn Jahre lang über sieben Haftanstalten mit 200 Plätzen diskutiert zu haben, argumentierte **Dr. Robert Orth** (FDP). Im Übrigen investiere die Landesregierung heute auch in Möglichkeiten, Häftlinge menschenwürdiger unterzubringen.

Eine „desolate“ Situation in vielen Haftanstalten beklagte **Monika Düker** (Grüne). Sie verwies auf zahlreiche Überstunden, „extrem“ hohe Krankenstände und eine Verschlechterung der Ausstattung im Erwachsenenvollzug. Dies betreffe zum Beispiel die Betreuung psychisch Auffälliger und Drogenabhängiger.

mittelständischen Unternehmen Bürgschaften und Darlehen gewährt.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik lasse sich nicht aus einem Haushaltsplan allein ablesen, meinte **Dietmar Brockes** (FDP). Zukunftsfelder wie die Bildungspolitik gehörten ebenso dazu. Mit Blick auf Opel warnte er vor dem Erhalt unrentabler Jobs; notwendig sei die Förderung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

„Wenn die Arbeitslosigkeit gesunken sei, dann auch aufgrund staatlich finanzierter Kurzarbeit. Der FDP-Leitsatz „Privat vor Staat“, so **Reiner Priggen** (Grüne), sei also derzeit nicht angebracht. Der Haushalt 2010 stelle die Belastungen, die durch die geplanten Bundesgesetze auf das Land zukämen, nicht korrekt dar.

Eine leichte Aufwärtsbewegung sah **Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU). Um diese zu sichern, werde man konjunkturbedingte Steuerausfälle, auch solche aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, kreditfinanziert mittragen. Der Haushalt enthalte genügend Mittel, um die Bundes- und EU-Mittel abzurufen.



Frank Sichau (SPD)

Harald Giebels (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Monika Düker (Grüne) Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU)

onen“, sondern über „Best-Practice-Fälle“ die Marktkräfte unterstützen.

Oliver Keymis (Grüne) vermisste eine „Breitband-Offensive für ganz NRW“, eine Offensive „Medienkompetenz in NRW“ sowie Initiativen zur Stärkung des Medienstandorts. Zum Beispiel müsse die Filmförderung weiterentwickelt werden. Zu kritisieren sei auch die Kürzung der Mittel für das „Medienforum“.

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) sah NRW als Medienland Nummer eins in Deutschland. Der Etat wachse erneut, NRW sei der Standort mit den attraktivsten Finanzierungspaketen für Filmschaffende. In die Finanzierungs- und Förderlandschaft füge sich nun auch das neue „Mediencluster“ in Köln ein.

JUSTIZ

„Wir haben weniger Personal bei der Richterschaft und in den Staatsanwaltschaften als 2005“;

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) unterstrich: „Wir haben den Stellenabbau gestoppt und neue Stellen geschaffen – und zwar zielgerichtet und genau“. Auch habe man neue Beförderungsmöglichkeiten eingerichtet. Der Erwachsenenvollzug werde durch den Neubau zweier Vollzugsanstalten entlastet.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Anders als Bund und EU habe das Land, so **Thomas Eiskirch** (SPD), die Ausgaben für Wirtschaftsförderung gesenkt. Die öffentliche Auftragsvergabe sei für mittelständische Unternehmen unattraktiv. Bei großen Firmenpleiten würden Auffangprojekte verzögert. Sein Fazit: die Legislaturperiode – eine verlorene Zeit.

Trotz Wirtschaftskrise gebe es weniger Arbeitslose als unter Rot-Grün, erwiderte **Oliver Wittke** (CDU). In den letzten vier Jahren habe das Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt gelegen. Seit Anfang 2009 habe man über 10.000

ENERGIE

„NRW steht auf einem Abstiegsplatz bei den erneuerbaren Energien“, so **Norbert Römer** (SPD). Die CO₂-Emissionen seien bis 2005 gesunken, dann um 8 Millionen Tonnen gestiegen. Die Schwierigkeiten für das Kraftwerk Datteln zeigten, dass die Landesregierung mit „schweren Fehlern“ wichtige Industrieprojekte gefährde.

Aufgrund der „verfehlten“ Steinkohle-Subvention von Rot-Grün könne der Schwerpunkt heutiger Energiepolitik nicht im investiven Bereich liegen, sagte **Christian Weisbrich** (CDU). Daher müsse man jetzt private Investitionen stimulieren, insbesondere bei rationeller Energienutzung und regenerativen Energien.

Dietmar Brockes (FDP) forderte, die Energieversorgung auf möglichst viele Füße zu stellen und die Energieeffizienz zu steigern. Man brauche neue, hochmoderne Steinkohlekraftwerke ebenso wie einen höheren Anteil erneuerbarer Energien.



Arbeiten müsse man an neuen Speichertechnologien und der Elektromobilität.

Fünf verlorene Jahre für die Gebäudesanierung, die Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, so **Reiner Priggen** (Grüne). Schon in zehn Jahren seien „Erneuerbare“ der Primärenergieträger Nummer eins. Er forderte ein Weiterdenken bis zur notwendigen Absenkung der CO₂-Emissionen um 80 Prozent im Jahr 2050.

Derzeit bestehe der Energiehaushalt zu 94 Prozent aus Kohlelöhnen, erläuterte **Energieministerin Christa Thoben** (CDU). Sie plädierte für einen Ausbau Erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz, den schrittweisen Ersatz konventioneller Energieträger sowie die Kernenergie als Brückentechnologie.

LANDESPLANUNG

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) bezeichnete die Landesplanung als „Fehlanzeige“: bei der Novellierung der Landes- und Regionalpolitik, beim Abbau unnötiger Bürokratie, bei der Gewährung von mehr Kompetenz vor Ort und bei der angekündigten Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und -plan.

Josef Hovenjürgen (CDU) bewertete es als „bemerkenswert“, dass die Planungshoheit für das Ruhrgebiet nun auf den RVR übergegangen sei. Man müsse sich mit der Nutzung industrieller Altstandorte beschäftigen. Die angesprochene Zusammenfassung werde Anfang der kommenden Legislaturperiode erfolgen.

Mit Blick auf das Gerichtsurteil zum geplanten Kraftwerk Datteln plädierte auch **Holger Elerbrock** (FDP) dafür, den Energieteil aus dem neuen Landesentwicklungsplan vorzuziehen. Er warnte allerdings vor einem selbstständigen Landesentwicklungsplan Energie; der integrative Ansatz müsse beibehalten werden.

Als „handwerkliches Desaster“ bezeichnete **Reiner Priggen** (Grüne) die Planung des Kraftwerks in Datteln. Hier versuche man jetzt, die Fehler „unter Missachtung aller Fristen“ zu heilen, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz aus dem Landesentwicklungsprogramm zu streichen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) hielt schnell Handeln für notwendig; das Urteil stelle meh-

rere Kraftwerksplanungen vor ähnlichen Fragen. Ziele, die im Landesentwicklungsprogramm gestrichen würden, blieben im Landesentwicklungsplan. Eine Überarbeitung erfolge, wenn der Energieteil vorgezogen werde.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Als einen „Supergau“ bezeichnete **Dieter Hilser** (SPD) die vorgesehene Vollintegration des Wohnungsbauvermögens in die NRW-Bank. Willentlich und wissentlich schraube die Landesregierung die Wohnungsbauförderung zurück. Sie Sorge dafür, dass Mieterrechte beschnitten und 100.000 Wohnungen an Spekulanten verschertelt würden.

Für „Parolen“ und „Oppositionsgetöse“ hielt **Heinz Sahn** (CDU) den Beitrag seines Vorredners. 2010 solle aus dem Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung eine Milliarde Euro bereitgestellt werden. Das seien rund 50 Millionen Euro mehr als im Jahr 2009. Sahnens Fazit: Der Etat beweise „Weitblick“.

Unter Schwarz-Gelb habe sich die Städtebau- und Wohnungspolitik zu einer „pragmatischen und effektiven Politik“ gewandelt, lobte **Christof Rasche** (FDP). Der Gesamtetat mit drei Milliarden Euro werde trotz Wirtschaftskrise auf dem Niveau des Vorjahres gehalten, die Wohnraumförderung bleibe im deutschen Vergleich einzigartig.

Horst Becker (Grüne) bezeichnete die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung als „Abrissbirne“. Die Regierung habe die Wohnungsbauförderung abgebaut und sich an Mieterrechten vergriffen. Das Wohnungsbauvermögen müsse für Förderprogramme aller Art erhalten. „Diese Politik ist falsch“, so Becker.

„Der Einzelplan ist ein Beitrag dazu, dass wir gestärkt aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen“, erklärte **Bauminister Lutz Lienenkämper** (CDU). Die Integration des WfA-Vermögens in die NRW-BANK ermögliche eine noch bessere Basis für soziale Wohnraumförderung und weitere Fördermöglichkeiten.

VERKEHR

„Die Regierung Rüttgers ist ohne Plan auch im Bereich der Verkehrspolitik“, sagte **Bodo Wißen**

(SPD). Sie trage Verantwortung dafür, dass es seit 2005 Ticketpreiserhöhungen von 20 Prozent und mehr im öffentlichen Nahverkehr gegeben habe und dass es auf den Straßen so langsam zugehe wie in keinem anderen Bundesland.

Bernd Schulte (CDU) erklärte, der Haushalt, zeige, dass die wichtigen Verkehrsträger gleich behandelt würden und kein Verkehrsträger bevorzugt werde. Der Etat sei von Kontinuität geprägt und setze trotz Krise neue Schwerpunkte, beispielsweise im Bereich des Schienenverkehrs und der Sanierung von Landesstraßen.

Trotz schwieriger Finanzlage stelle die Landesregierung 160 Millionen Euro für das Landesstraßennetz bereit, hob **Christof Rasche** (FDP) hervor. Damit arbeite sie „den riesigen Sanierungsstau“ ab, den Rot-Grün hinterlassen habe. „Wir wollen, dass sich NRW mehr und mehr zur Logistikdrehscheibe entwickelt“, sagte Rasche.

Der Haushalt schreibe Kürzungen bei Bussen und Bahnen vor, kritisierte **Horst Becker** (Grüne). Das sei für viele Menschen schlecht. Zugleich lehnten CDU und FDP die Einführung von Sozialtickets in NRW ab. „Die Bürgerinnen und Bürger zahlen den Preis für diese Fehlentwicklung in der Politik“, so der Grüne.

„Jeder Verkehrsträger wird seinem Bedarf und seinen Möglichkeiten entsprechend ausgebaut“, unterstrich **Verkehrsminister Lutz Lienenkämper** (CDU). Das Angebot sei so zu stärken, „dass sich die Menschen selbst auswählen können, welchen Verkehrsträger sie benutzen“. Das sei die Leitlinie der Verkehrspolitik.

ARBEIT UND BERUFELICHE WEITERBILDUNG

Für wenig innovativ hielt **Rainer Schmeltzer** (SPD) den Haushaltsentwurf. Dieser lasse außer Acht, dass immer mehr Menschen vom Arbeitslosigkeit II leben müssten, immer häufiger vor Gericht zögen und ein Recht auf unabhängige Beratung hätten. Erforderlich seien intensivere Anstrengungen für junge Menschen.

Trotz der Krise habe man die Mittel nahezu gehalten, so **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Auch Unternehmen müssten ihre soziale Verpflichtung wahrnehmen. Er verwies auf Programme zum Berufseinstieg, auf das „Erfolgmodell“ Bildungscheck zur beruflichen Weiterbildung und auf Initiativen für Menschen mit Behinderungen.

„Wir sind weiterhin auf der Seite der Arbeitnehmer in diesem Land“, erklärte **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Man sei aktiv, Kurzarbeit mit Weiterbildung zu verknüpfen, Einstiege ins Berufsleben zu erleichtern, Behinderte besser am Arbeitsmarkt zu beteiligen und Unternehmen bei der Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

Die Landesregierung nehme Bildungsverlierer in Kauf und richte für diese dann „Warteschleifen, Qualifizierungsmaßnahmen und kleine Bildungsbausteine“ ein, meinte **Barbara Steffens** (Grüne). Die Verlierer des Systems würden mit Maßnahmen nicht erreicht. Sie forderte die Finanzierung von Arbeitslosenzentren.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, wie wichtig es angesichts der Krise sei, Arbeitsplätze in NRW zu halten und neue zu ermöglichen. Auch er verwies auf die genannten Schwerpunkte des Haushalts 2010 und zeigte sich überzeugt, dass NRW bei der Arbeitsmarktpolitik gut aufgestellt sei.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Norbert Killewald (SPD) vermisste ein konkretes Konzept für die Bekämpfung der Armut und kritisierte, die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung meine es mit einer nachhaltigen Pflegepolitik nicht ernst. Die Kommunen in NRW seien mit der Übernahme der Versorgungsämter vom Land alleingelassen worden.

In den wesentlichen Feldern der Sozialpolitik seien Kürzungen vermieden worden, lobte **Ursula Monheim** (CDU). Obwohl der Gestaltungsspielraum knapp sei, bekämpfe man die Kinderarmut, räume der Politik für Menschen mit Behinderungen einen hohen Stellenwert ein und engagiere sich in der Altenpflegeausbildung.

Auch für die ärztliche Versorgung auf dem Land werde etwas getan, lobte **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Das Programm stoße auf großes Interesse. Als einen politischen Schwerpunkt nannte er die Krankenhausförderung. Mit dem Gesundheitscampus setze NRW ein besonderes Zeichen für Zukunftsorientierung.

Eine „Riesenkluft“ machte **Barbara Steffens** (Grüne) zwischen Reden und Handeln des Gesundheits-

ministers aus. Beispiel einer „Pseudosozialpolitik“ sei das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, das längst nicht alle betroffenen Kinder erreiche. Auch Suchtpräventionskonzepte würden zurückgefahren oder „plattgemacht“.

Armut, sagte **Sozialminister Karl-Josef Laumann** (CDU) könne man nur verhindern, indem man Menschen in Arbeit bringe. Seit Regierungsübernahme habe die Regierung Verbesserungen bei Hartz IV, bei der Krankenhausförderung, bei der Mediziner- und Pflegeausbildung, bei Versorgungsämtern und bei Pflege und Demenz erreicht.

UMWELT UND NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

„Stillstand und Rückschritt“ machte **Svenja Schulze** (SPD) in der Umweltpolitik des Landes aus. „Der Umweltausstand ist bei Ihnen in erster Linie ein Steinbruch für Haushaltskonsolidierung“, warf sie CDU und FDP vor. Wirkliches Handeln in diesem Bereich werde den Menschen lediglich vorgetäuscht.

„Umweltpolitik ist Zukunftspolitik“, entgegnete **Marie-Luise Fasse** (CDU), deshalb blieben entscheidende Bereiche von Kürzungen im Haushalt ausgenommen. Erfolge sah die CDU-Sprecherin beim Klimawandel, bei der Wasser- und Luftqualität, bei der Altlastensanierung und bei der Kooperation mit Partnern.

Holger Ellerbrock (FDP) begrüßte, dass die Vorgaben des Bundes und der EU zum Umwelt- und Naturschutz nun eins zu eins umgesetzt würden, auch um die Wettbewerbsfähigkeit verantwortungsvoll zu erhalten. Es gebe noch viel zu tun, NRW sei aber auf einem vernünftigen und vorbildlichen Weg.

Der Umweltminister müsse in seiner Funktion nicht die Interessen der Wirtschaft oder Landwirtschaft vertreten, sondern laut Amtseid Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben, kritisierte **Johannes Remmel** (Grüne). Brücken in die Zukunft habe der Minister nicht gebaut, sondern eher abgebrochen.

„2010“, kündigte **Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) an, „wird für die Umwelt und die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen ein gutes Jahr“.

Der Haushalt stelle mit 745,4 Millionen Euro die Weichen für die Bewahrung der Schöpfung, für souveräne Verbraucherinnen und Verbraucher und für gute Lebensmittel.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG UND HAUSHALTSGESETZ

Minister Linssen wolle partout nicht derjenige sein, der als der Finanzminister mit der höchsten Nettoneuverschuldung in die Landesgeschichte eingehe, meinte **Thomas Trampe-Brinkmann** (SPD). Dafür starte er unter anderem einen „Raubzug durch die Kommunen“ mit der Folge, „dass sich Stadt und Land mit geballten Fäusten gegenüberstehen“.

„Dieser Einzelplan zeigt auf, wie solide dieser Finanzminister wirtschaftet“, entgegnete **Christian Weisbrich** (CDU). Die Konsolidierungspolitik trage dazu bei, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu meistern. Die Nettoneuverschuldung bleibe mit 6,575 Milliarden Euro hinter der rot-grünen Rekordmarke von 6,7 Milliarden Euro im Jahre 2005 zurück.

„Wir werden den Weg der Haushaltskonsolidierung durch Investitionen und Einsparungen fortsetzen“, sagte **Angela Freimuth** (FDP). Seit 2005 habe die Koalition „jede Ausgabe und jede Aufgabe kritisch auf den Prüfstand gestellt“, und es seien bereits erste nachhaltige Erfolge bei der strukturellen Konsolidierung des Haushalts erreicht.

Ende 2010, merkte **Horst Becker** (Grüne) an, werde der Schuldenstand bei 132 Milliarden Euro liegen. Das seien ziemlich genau 26 Milliarden Euro mehr als vor fünf Jahren, obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordniveau gestiegen seien. Diese Entwicklung zeige, dass die Landesregierung „schlecht gewirtschaftet“ haben müsse, so der Grüne.

„Wir haben die Nettoneuverschuldung von 2005 bis 2008 um 83 Prozent reduziert“, fasste **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU) in der Schlussbetrachtung zusammen. Dafür seien 92 Prozent aller verfügbaren Steuermehreinnahmen verwendet worden. Diese „vorbildliche Konsolidierungspolitik“ gebe es nirgendwo sonst in Deutschland.

Fotos: Schälte



Norbert Killewald (SPD)



Ursula Monheim (CDU)



Dr. Stefan Romberg (FDP)



Barbara Steffens (Grüne)



Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)